

Aussprache

Wie bastele ich mir eine gerechte Gesellschaft Oder: selbst Journalisten können irren

(Zu dem Beitrag von Rainer Hank, Amerika ist das Modell, Heft 8-9/2000, S. 450-455)

Als Bundeskanzler Schröder einmal gefragt wurde, was für ihn der „Dritte Weg“ bedeute, reagierte er ironisch: Er kenne nicht einmal die ersten beiden Wege. Eine Anekdote, die der Vordenker des britischen Premiers Blair, Anthony Giddens, mit typisch englischem Humor zum Besten gibt. Der „Dritte Weg“ jenseits eines realsozialistischen Modells oder eines Turbokapitalismus erschließt sich dem SPD-Chef noch nicht. Den Begriff „Innovation“ hat er für seine Regierungspolitik erfolgreich besetzt, doch mit der Frage nach sozialer Gerechtigkeit, dem zentralen Anliegen sozialdemokratischer Politik, tut er sich schwerer. Dabei bescheinigen in Umfragen 48 Prozent der SPD besondere Kompetenzen auf diesem Gebiet; der CDU lediglich 19 Prozent. An der rot-grünen Regierungspolitik kann es kaum liegen, dass die Erwartungshaltung so ausgeprägt ist. Denn auf dem „klassischen Politikfeld von Sozialdemokraten, der Reform der sozialen Sicherung, gab es bisher kaum Erfolge“, bescheinigte die „Zeit“ dieser Tage der Regierung eine dürftige Bilanz.

Wie eine fortschrittliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung für das 21. Jahrhundert aussehen könnte, liegt natürlich auch an den Kräfteverhältnissen, an den Traditionen, dem Reformeifer, der politischen Durchsetzungsfähigkeit einer Regierung. Für etliche konservative Wirtschaftsjournalisten ist jedoch längst klar, wohin die Reise gehen muss: „Amerika ist das Modell“ formuliert, keinen Widerspruch dul-

dend, der Wirtschaftsressortchef einer angesehenen Zeitung aus Berlin. Und dann folgt eine Lobeshymne ausgerechnet auf die Wirtschaftslehre der Reagonomics, die die soziale Spaltung in den USA weiter vertieft haben: Die Entmachtung der Gewerkschaften wird bejubelt, das Zurückdrängen staatlichen Einflusses begrüßt und der Tanz ums goldene Kalb der New Economy aufgeführt: Deregulierung, Liberalisierung und Senkung des Lebensstandards der Massen seien die Lösung, damit alle profitieren. Die Umstrukturierung der amerikanischen Wirtschaft habe den Arbeitnehmern *Beschäftigungsgewinne* gebracht, den Anteilseignern Kursgewinne und den Unternehmern Marktanteilgewinne. Dann scheint ja alles in Butter!

Die Kommunikationswissenschaftler nennen das jedoch „selektive Wahrnehmung“: Ich sehe nur, was ich sehen will. *Denn kein Wort in dem Aufsatz darüber, dass es inzwischen den meisten Amerikanern schlechter geht als vor 25 Jahren; während 1970 das Verhältnis zwischen Durchschnittseinkommen und Managergehalt noch 1:70 war, ist es nunmehr bei 1:300 angekommen; die Zahl der Millionäre explodiert, 40 Millionen Amerikaner können sich keine Krankenversicherung leisten, Millionen Amerikaner benötigen zwei und mehr Jobs, um zu überleben. „Die Zeit“, unverdächtig linker Agitation, verstieg sich ob dieser Zustände zu der Schlagzeile „Darwinismus in Reinkultur“. Amerika als*

Modell und Vorbild? Auch Journalisten haben ein Recht auf Irrtum.

Die Debatte um unsere Gesellschaft der Zukunft, um die Strukturen unserer Wirtschaftsordnung muß wieder auf die Füße gestellt werden. Denn sie hat sich in neoliberalen Dogmen verrannt. Einen Beitrag zum Aufknacken der Denkschablonen leistet dieser Tage Dieter Scholz, DGB-Vorsitzender in Berlin-Brandenburg mit einem Grundsatzpapier über „Soziale Gerechtigkeit an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“. „Unser Modell der sozialen Sicherung, unser Verständnis von sozialer Gerechtigkeit hat ein Maß an Stabilität und sozialer Sicherheit in Deutschland erreicht, das nicht zur Disposition stehen darf. Es sollte auch für die Zukunft tragfähig sein und als sozialpolitisches Erbe *Leitbildfunktion* für die europäische Entwicklung diese Jahrhunderts sein“, heißt es dort. Mit seinem Diskussionspapier stößt Scholz in die intellektuelle Lücke, die die SPD derzeit bei der Debatte um soziale Gerechtigkeit offenbart. Und tritt damit auch den Jüngern einer Ideologie der Globalisierung entgegen, die dem Sozialstaat als angeblicher Wachstumsbremse den Garaus machen möchten. Globalisierung sei zu einem Totschlagargument eines primitiven Ökonomismus verkommen, der die Perspektive einer gerechten, zivilen und demokratischen Weltgesellschaft als die politische Aufgabe des 21. Jahrhunderts verstellt. Statt dessen finde unter der Fahne des Shareholder Value (wenn die Arbeitsplätze purzeln, steigt der Börsenwert!) ein ruinöser Wettbewerb um Standortvorteile statt, der die Entwicklungsländer erst recht in den Abgrund treibe. Durch Finanzspekulationen verschärften sich die Krisen weltweit. Die Entwicklung zeige, wie wenig tragfähig der Glaube an eine marktmäßige Selbstregulierung der Weltwirtschaft als Leitbild der Zukunftsentwicklung dienen könne. In den neunziger Jahren habe die Standortdebatte massive Lohnzurückhaltung, Kürzungen öffentlicher Leistungen, Sozialabbau, Steuersenkungen für Unternehmen im „Namen des Marktes“ erzwungen. Nach all den angebotspolitischen Prophezeiungen hätte ein Wachstums- und Beschäftigungsboom ersten Ranges einsetzen müssen. Doch die Beschäftigungszahlen gingen drastisch zurück, Massenarbeitslosigkeit wurde forciert. Obwohl allein in der Periode 1992 bis 1997 die Einkommen aus Unternehmertätigkeit fünfzehnmal so stark stiegen wie die Lohn- und Gehaltssumme, ergab sich nach fünf Jahren

Angebotspolitik eine traurige Bilanz. Dem Abbau sozialer Leistungen standen Steuerprivilegien und Vermögenszuwächse bei den Reichen gegenüber. Die soziale Polarisierung verstärkte sich und stellte die politische Legitimation der Demokratie als Garant sozialer Gerechtigkeit in Frage. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) errechnete einen „Swing“, also eine Umverteilung der Einkommen von Arbeitnehmern, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern hin zu den Gewinnen und Vermögen von durchschnittlich 200 Milliarden Mark pro Jahr!

Soziale Gerechtigkeit heiße, so Dieter Scholz, innenpolitisch in erster Linie Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West. Ein Grundfehler der Vereinigungspolitik sei es gewesen, den notwendigen Finanztransfer über Staatsverschuldung statt über sozial gerecht verteilte Steuern zu finanzieren. Vorrangig müßten die soziale Schwächsten die Lasten der Einheit tragen. Zusätzlich finde in den neuen Ländern ein Abbau an Sozialstandards statt. Das Aushebeln von Tarifverträgen, Arbeitszeitverlängerung und Lohnrückerei bestimmten die soziale Wirklichkeit. Diese Entwicklung werde von vielen in der Wirtschaft betrieben und von der Politik stillschweigend geduldet. Mit sozialer Gerechtigkeit habe dies nichts zu tun, auch nicht mit ökonomischer Rationalität.

*Dieter Pienkny,
Pressesprecher des DGB-Landesbezirks
Berlin-Brandenburg*

Konkretisierung tut Not

(Zu dem Beitrag von Berthold Huber, Aktien und gewerkschaftliche Verteilungsstrategien, Heft 8-9/2000, S. 518-524)

Leider bleibt der Beitrag von Berthold Huber für mich bis auf die (Standard-)Forderung nach steuerlichen Anreizen sowie die Präferenzierung von Fonds-Lösungen für mich zu unkonkret.

Folgende Fragen sollten meines Erachtens diskutiert (und irgendwann auch beantwortet) werden:

Soll Beteiligung der Beschäftigten am Produktivvermögen tarifvertraglich abgesichert werden?

Soll mit der Beteiligung der Arbeitnehmer auch ein Zuwachs an „Macht“ erreicht werden?

Wenn ja, müssen die Gewerkschaften (ggf. im Verbund mit Partnern aus der Finanzdienstleistung) nicht eigene Fonds auflegen? Hätten solche Fonds überhaupt eine Chance? Sie benötigen ja zur Konkurrenzfähigkeit eine mit kommerziellen Fonds vergleichbare Rendite. Gleichzeitig sollten aber auch gewisse gewerkschaftlich Ziele verfolgt werden, z. B. eine Begrenzung der Anlage auf Unternehmen mit Tarifbindung oder mit europäischem bzw. Weltbetriebsrat.

Nun können wir ja mit der Einführung tarifvertraglich geregelter Fondslösungen nicht so einfach bestehende betriebliche Lösungen abschaffen. Das wäre auch nicht gerecht, denn immerhin erhalten die Beschäftigten in solchen Betrieben derzeit übertarifliche Leistungen, was prinzipiell gut ist. Also müsste eine tarifvertragliche Lösung entsprechende Öffnungsklauseln vorsehen. Welche Mindeststandards benötigen wir dann aber für betriebliche Lösungen?

*Gerhard Jüttner,
Tamm*